

The European

DAS DEBATTEN-MAGAZIN

> IN NEW YORK CITY WIRD DER SOZIALIST ZOHRAN MAMDANI
BÜRGERMEISTER

Zohran Mamdani: Ein Sozialist siegt in der Weltmetropole des Kapitalismus

05. November 2025 | Rainer Zitelmann

Präsident Donald Trump droht, die Bundesmittel für New York City auf ein Minimum zu reduzieren, weil der linke Kandidat zum Bürgermeister gewählt wurde. Das ist verständlich - aber aus einem entscheidenden Grund nicht klug

VON RAINER ZITELMANN (<https://www.theeuropean.de/rainer-zitelmann>)

Frank Sinatra sang in seinem legendären Song „New York, New York“:

*"If I can make it there,
I'll make it anywhere,
It's up to you, New York, New York."*

So werden das nun auch die Sozialisten sehen. Mamdanis Sieg hat eine weltweite Signalwirkung. Schon nächstes Jahr könnte beispielsweise auch in Berlin ein Sozialist zum Bürgermeister gewählt werden – nach den derzeitigen Umfragen ist das durchaus möglich.

„Es darf keine Milliardäre mehr geben“

Als ich vor sieben Jahren erstmals mein Buch „Kapitalismus ist nicht das Problem, sondern die Lösung“ (<https://kapitalismus-ist-nicht-das-problem.de/>) veröffentlichte, meinten die Kritiker, das Buch sei überflüssig. Denn ich argumentierte gegen einen Strohmann – die Antikapitalisten –, deren Ideologie kaum noch jemand anhängt. Ich sah das anders und prophezeite in diesem Buch und vielen Artikeln eine Renaissance des Antikapitalismus.

Mamdanis Sieg wird die Antikapitalisten weltweit motivieren. Der sozialistische Kandidat trat mit der Parole an, es dürfe keine Milliardäre mehr geben. Eine Parole, die auch Die Linke in Deutschland vertritt. Doch so etwas ist nur in einem sozialistischen System möglich. Laut der Forbes-Liste der Milliardäre gibt es nur in Kuba, Nordkorea und einigen sehr armen afrikanischen Ländern keine Milliardäre. Sogar in Schweden gibt es – auf die Bevölkerung bezogen – relativ mehr Milliardäre als in den USA.

Die Warnung eines ehemaligen Schachgroßmeisters

Garry Kasparow, der ehemalige Schachweltmeister, russische Dissident und Putin- sowie Trump-Kritiker, schrieb auf X: „Die größten Risiken einer Bürgermeisterschaft Mamdanis werden sichtbar werden, wenn die Dinge nicht funktionieren. Die Natur von Populismus und Sozialismus führt dazu, dass man verdoppelt, statt den Kurs zu korrigieren – mehr Kontrolle, mehr Zentralisierung. Menschen, denen es schlechter geht, sind anfälliger für staatliche Drohungen und Versprechungen.“

Das ist die Gefahr. Natürlich wird Mamdani mit seinen Versprechungen scheitern – so wie alle Sozialisten. Aber die Schuld daran werden er und die Sozialisten weltweit nicht sich selbst geben, sondern Donald Trump, der angekündigt hat: „Wenn der kommunistische Kandidat Zohran Mamdani die Wahl zum Bürgermeister von New York City gewinnt, ist es höchst unwahrscheinlich, dass ich Bundesmittel – abgesehen vom absoluten Minimum, das gesetzlich erforderlich ist – für meine geliebte erste Heimat bereitstellen werde...“

Sozialisten suchen stets nach Sündenböcken für ihr Scheitern. Die Katastrophe in Venezuela, wo seit der Machtübernahme der Sozialisten 1999 rund 30 Prozent der Bevölkerung geflohen sind und von den Verbliebenen 80 Prozent in Armut leben, erklären sie mit den Sanktionen der USA. Auch in Kuba und Nordkorea würden die Menschen laut dieser Deutung nicht im Elend leben, gäbe es nicht die US-Sanktionen.

Deshalb ist Trumps Drohung zwar verständlich, aber nicht klug. Denn er würde mit einer Einstellung bzw. Reduktion von Zahlungen an NYC den Sozialisten nur die Ausrede für das Scheitern liefern.

Zwei Drittel der jungen Wähler für Mamdani

Der Wahlsieg Mamdanis wurde vor allem durch den bei Jugendlichen in den USA verbreiteten Antikapitalismus möglich. Eine Befragung eine Woche vor der Wahl (<https://poll.qu.edu/poll-release?releaseid=3940>) ergab, dass 64 Prozent der 18- bis 34-Jährigen für Mamdani stimmen wollten, bei den 35- bis 49-Jährigen waren es noch 50 Prozent, während es bei den über 65-Jährigen nur 33 Prozent waren.

Ich habe eine Umfrage in 34 Ländern zum Image des Kapitalismus (<https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/ecaf.12591>) durchführen lassen – nur in sechs von 34 Ländern war das Image des Kapitalismus positiv. In den USA war, anders als in Deutschland, wo der Antikapitalismus überwog, das Image des Kapitalismus insgesamt zwar positiv, aber schon in der vor vier Jahren von Ipsos MORI durchgeführten Umfrage zeigte sich, dass die befragten Amerikaner unter 30 Jahren mehrheitlich den Kapitalismus ablehnten. Das Resultat der Umfrage, das ich in dem Buch „Die 10 Irrtümer der Antikapitalisten“ (<https://anti-antikapitalisten.de/>) veröffentlichte, lautete für die USA: „Die größten Unterschiede in den Vereinigten Staaten bestehen zwischen den Altersgruppen. Wie jemand über wirtschaftliche Freiheit in den USA denkt, hängt stärker vom Alter ab als von jedem anderen soziodemografischen Faktor (wie Einkommen, Geschlecht oder Bildung). Je jünger unsere amerikanischen Befragten sind, desto eher unterstützen sie staatliche Eingriffe in die Wirtschaft.“

Die Umfrage zeigte auch, dass nur 21 Prozent der unter 30-jährigen Amerikaner zustimmten, dass „der Kapitalismus vielleicht nicht ideal ist, aber immer noch besser als alle anderen Wirtschaftssysteme“. Unter den über 60-Jährigen stimmten 51 Prozent zu. In keinem anderen Land, in dem die Umfrage stattfand, war der Kontrast zwischen jüngeren und älteren Befragten in der Einstellung zum Kapitalismus so groß wie in den USA.

„Den Sozialismus in seinem Lauf, halten weder Ochs noch Esel auf“

Weltweit sehen wir, dass der Antikapitalismus auf dem Vormarsch ist, besonders bei jungen Menschen. Bei den vorigen Bundestagswahlen lag die Linke in Deutschland an erster Stelle (<https://www.reuters.com/world/europe/germanys-election-graphics-2025-02-23/?utm>).

Das Versagen der Regierung Merz und zunehmende wirtschaftliche Verwerfungen, die in Wahrheit Ausfluss des seit Angela Merkel beschrittenen Irrwegs in die Öko-Planwirtschaft sind, werden immer mehr Menschen zur Verzweiflung bringen. Besonders brisant sind der Wohnungsmangel und die steigenden Mieten

(<https://www.theeuropean.de/wirtschaft/mietpreisbremse-bis-2029-warum-gute-absichten-nicht-automatisch-gute-politik-machen>), beides verursacht durch immer mehr staatliche Regulierung des Wohnungsmarktes einerseits und die massenhafte Zuwanderung andererseits. Die Linke ist die Partei der Demagogie und des Sozialneids. Zu den steigenden Mieten plakatierte sie kürzlich: „Deine Mieter steigt, weil dein Vermieter sie erhöht.“

Von der steigenden Unzufriedenheit wird neben der AfD auch Die Linke profitieren. Eine rot-rot-grüne Mehrheit nächstes Jahr in der Hauptstadt scheint nach dem Totalversagen der Regierung von Kai Wegner als fast sicher, möglicherweise unter Führung der Linken. Dann gibt es nach New York auch in Berlin einen Sozialisten als Regierenden Bürgermeister.

Man darf sich keine Illusion machen: Wenn die Mehrheiten dafür ausreichen, wird es nicht nur in der Hauptstadt Berlin, sondern auch auf Bundesebene eine rot-rot-grüne Regierung geben. Noch scheint eine Mehrheit der drei Linksparteien in weiter Ferne, aber wenn die Linke weiter zulegt und vielleicht nach einem möglichen Rückzug von Sahra Wagenknecht auch Wähler von den knapp fünf Prozent zurückgewinnt, die für das BSW gestimmt haben, könnte es irgendwann reichen. Und manche Anhänger eines AfD-Verbotes hoffen wohl, auf diesem Weg könnten sie die Mehrheit für eine solche Regierung vorbereiten. Hatte Erich Honecker doch recht, als er meinte: „Den Sozialismus in seinem Lauf, halten weder Ochs noch Esel auf“?

EIN ARTIKEL VON

Rainer Zitelmann

(<https://www.theeuropean.de/rainer-zitelmann>)

The European
DAS DEBATTEN-MAGAZIN